

Herzog macht Bund und Ländern Druck

Beratergremium dringt auf neue Finanzbeziehungen – Kritik an Krippenkompromiss

Berlin (dpa/AP) – Altbundespräsident Roman Herzog hat Bund und Länder beschworen, nach ihren Kompetenzen auch ihre Finanzbeziehungen gründlich neu zu ordnen.

Der Beraterkreis „Konvent für Deutschland“ unter Vorsitz von Herzog mahnte gestern, ohne eine umfassende Föderalismusreform II wäre auch die erste Reform vergebens gewesen. Als Beispiel dafür, „wie brennend das Problem ist“, nannte der Verfassungsrechtler Rupert Scholz den jüngsten Kompromiss zur Krippenfinanzierung. Beim Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder beteiligt sich der Bund ungachtet der Zuständigkeiten mit insgesamt vier Milliarden Euro an

den Investitions- und den Betriebskosten. Dies halte er für „verfassungspolitisch hochproblematisch“, sagte Scholz. Der Vize-Vorsitzende des Konvents, Klaus von Dohmany, zeigte sich zuversichtlich, dass für die Verteilung der Mittel ein verfassungsfester Weg gefunden werde. Die jetzige „Übergangslösung“ sei unter den heutigen Bedingungen tragfähig. Für die anstehende Föderalismusreform II bietet die Große Koalition mit ihrer verfassungssändernden Mehrheit nach Ansicht des Beraterkreises jetzt eine seltene Chance. „Die Situation ist so günstig wie nie“, betonte Herzog. Auch Alt-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement appellierte an Bund und Länder, das ganze Vorha-

ben jetzt tatsächlich anzupacken. Zum politischen Handeln bleibe nicht mehr viel Zeit, mahnte er. „Es sind nur noch Monate.“ Gleichzeitig warnte die Runde davor, sich auf den Einbau einer Schuldenbremse zu beschränken. Dann hätte sich alles andere möglicherweise für längere Zeit erledigt. Herzog hob hervor, dass um der notwendigen Mehrheiten willen eine Finanzreform „nicht ohne Schonung“ vorantreiben und beispielsweise der Solidarpakt II bis 2019 unangetastet bleiben solle. Grundsatzentscheidungen für danach müssten aber getroffen werden. In einem 13-Punkte-Papier fordert der Konvent unter anderem, dass die Länder alle ihnen zustehenden

Steuern auch selbst regeln und auf Einkommen- und Körperschaftsteuer eigene Zu- oder Abschläge erheben dürfen. Herzog räumte ein, dass dies für die ärmeren Länder problematisch sei, die die Konkurrenz der reicheren fürchteten. Er appellierte aber an sie, sich der Verantwortung nicht zu entziehen. Die Sorge der Teilnehmerländer und des Ostens, am Ende wieder den Kürzeren zu ziehen, sei ein „großer Irrtum“, betonte Dohmany. Der Finanzausgleich unter den Ländern selbst soll abgeschafft und durch Bundesergänzungszuweisungen ersetzt werden. Zudem soll das Zielbegriff „Einheitlichkeit“ der Lebensverhältnisse auch in der Finanzverfassung durch „Gleichwertigkeit“ ersetzt werden.